

Gemeinsames Lernen: Kinder brauchen mehr Zeit, um sich zu entwickeln

geschrieben von Redakteur | Oktober 24, 2026



Längeres gemeinsames Lernen kann Bildungschancen verbessern. Das zeigt auch eine Expertenanhörung im Bayerischen Landtag

Wie können wir dafür sorgen, dass jedes Kind seine Fähigkeiten bestmöglich entwickelt? Diese Frage sollte im Mittelpunkt jeder bildungspolitischen Entscheidung stehen. Kinder unterscheiden sich in ihren Begabungen, Interessen, Lernvoraussetzungen und Entwicklungsgeschwindigkeiten. Manche zeigen früh besondere Fähigkeiten, andere entdecken ihre Stärken erst später. Internationale Forschungsergebnisse sprechen dafür, dass eine frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schularten soziale Bildungsungleichheiten verstärken kann, ohne die durchschnittlichen Schulleistungen nachweislich zu verbessern. Längeres gemeinsames Lernen kann

dagegen Bildungswege offenhalten und insbesondere Kinder mit ungünstigeren Startbedingungen besser fördern – vorausgesetzt, der Unterricht wird allen Kindern gerecht, den leistungsstarken ebenso wie denjenigen, die zusätzliche Unterstützung benötigen.

In Bayern werden Kinder bereits nach der vierten Klasse auf unterschiedliche weiterführende Schularten verteilt. Sie sind dann in der Regel erst zehn Jahre alt. Welche Folgen diese frühe Entscheidung hat, diskutierten Sachverständige am 22. Oktober 2026 im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags. Die Bildungsforscher Kai Maaz, Petra Stanat und Gabriele Weigand erläuterten dort wissenschaftliche Erkenntnisse, die für längeres gemeinsames Lernen sprechen. Vertreter des gegliederten Schulsystems, darunter Michael Schwägerl, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, warnten dagegen vor Strukturreformen und forderten Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems. Wie tragfähig sind ihre jeweiligen Argumente, wenn man sie mit den Ergebnissen der internationalen Bildungsforschung vergleicht?

Frühe Selektion ist mit größerer sozialer Bildungsungleichheit verbunden

Ein wesentlicher Teil der internationalen Bildungsforschung findet Hinweise darauf, dass die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schularten soziale Bildungsungleichheiten verstärkt. Der Bildungsforscher Kai Maaz vom DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation verwies in der Anhörung auf internationale Studien und Metaanalysen. Nach seiner Einschätzung bringt die frühe Trennung nach der vierten Klasse keine nachweisbaren allgemeinen Leistungsvorteile, sondern trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten im Bildungssystem zu verfestigen. Besonders problematisch sei, dass überdurchschnittlich viele Kinder aus

sozial benachteiligten Familien grundlegende Kompetenzanforderungen nicht erreichten.

Diese Einschätzung deckt sich mit einer Metaanalyse von Éder Terrin und Moris Triventi, die 2023 in der Fachzeitschrift *Review of Educational Research* erschien und 53 Forschungsarbeiten mit insgesamt 443 Effektschätzungen auswertete. Das Ergebnis: Die Aufteilung auf unterschiedliche Bildungsgänge bringt im Durchschnitt keinen statistisch gesicherten Leistungsvorteil, ist aber mit einer signifikant höheren Bildungsungleichheit verbunden. Eine weitere Untersuchung, die Ergebnisse internationaler Schulleistungsstudien aus zahlreichen Ländern und Regionen über rund 20 Jahre zusammenführte, gelangte zu ähnlichen Befunden. Zwar unterscheiden sich die untersuchten Bildungssysteme erheblich, doch die Übereinstimmung verschiedener Forschungsarbeiten stellt die Annahme infrage, dass eine frühe Trennung notwendig sei, um hohe schulische Leistungen zu erreichen. Da es sich überwiegend um Beobachtungsstudien zwischen unterschiedlichen Ländern handelt, lassen sich daraus Zusammenhänge, aber keine endgültigen Kausalaussagen für jedes einzelne System ableiten.

Begabungen brauchen Zeit, um sich zu entwickeln

Die Erziehungswissenschaftlerin Gabriele Weigand von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe rückte in der Anhörung einen entwicklungspsychologischen Aspekt in den Mittelpunkt: Begabungen sind keine unveränderlichen Eigenschaften, sondern entwickeln sich durch Anregungen, Lerngelegenheiten und individuelle Förderung. Manche Kinder benötigen mehr Zeit, um ihre Interessen zu entdecken oder anfängliche Entwicklungsrückstände aufzuholen. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien laufen Gefahr, unterschätzt zu werden, weil ihre schulischen Leistungen nicht immer ihre

tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten widerspiegeln.

Weigand warnte davor, dass Potenziale im gegliederten Schulsystem übersehen werden können, „weil sie nicht mehr erwartet werden“. Darin liegt ein grundlegendes Problem früher Auswahlentscheidungen: Sie können nicht nur den weiteren Bildungsweg beeinflussen, sondern auch die Erwartungen, die Erwachsene an ein Kind richten. Werden Bildungswege länger offengehalten, erhalten Kinder zusätzliche Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Gleichzeitig haben Lehrkräfte mehr Zeit, Lernfortschritte zu beobachten, Begabungen zu erkennen und frühere Einschätzungen zu korrigieren. Die Leistungen eines zehnjährigen Kindes sind keine zuverlässige Vorhersage seiner gesamten weiteren Entwicklung.

Leistungsstarke Kinder müssen nicht verlieren

Ein häufiges Argument für das gegliederte Schulsystem lautet, dass Kinder in möglichst leistungshomogenen Gruppen besser gefördert werden könnten. Tatsächlich unterscheiden sich Kinder erheblich in ihren Fähigkeiten und Lerngeschwindigkeiten. Daraus folgt jedoch nicht zwingend, dass sie bereits nach der vierten Klasse unterschiedliche Schulen besuchen müssen. Eine Untersuchung von Sönke Hendrik Matthewes, zunächst 2018 als DIW-Diskussionspapier veröffentlicht, findet Hinweise darauf, dass längeres gemeinsames Lernen die durchschnittlichen Leistungen verbessern kann. Besonders deutlich profitierten dabei leistungsschwächere Kinder; für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zeigten sich keine messbaren Leistungseffekte – weder positiv noch negativ. Die Studie belegt damit nicht, dass jedes Kind automatisch größere Fortschritte erzielt. Sie widerspricht aber der Annahme, dass eine bessere Förderung schwächerer Kinder zwangsläufig zulasten stärkerer gehen müsse. Wie bei Beobachtungsstudien üblich, hängt die

Übertragbarkeit auf andere Schulsysteme von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab.

Auch die Vorstellung, eine frühe Aufteilung schaffe weitgehend homogene Lerngruppen, wird durch neuere Forschung relativiert: Selbst innerhalb derselben Schulart bleiben Kinder in ihren Fähigkeiten und Lernvoraussetzungen unterschiedlich. Individuelle Förderung ist deshalb in jeder Schulform notwendig. Eine frühe institutionelle Trennung kann diese pädagogische Aufgabe nicht ersetzen.

Unterrichtsqualität ist entscheidend

Petra Stanat, Direktorin des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, machte in der Anhörung deutlich, dass längeres gemeinsames Lernen nicht automatisch bessere Leistungen hervorbringt. Entscheidend sei die Qualität des Unterrichts. Wenn Lehrkräfte nicht angemessen auf unterschiedliche Lernvoraussetzungen eingehen, bleiben die möglichen Vorteile gemeinsamer Bildung aus. Bei guter Unterrichtsqualität könnten dagegen insbesondere leistungsschwächere und sozial benachteiligte Kinder profitieren, ohne dass leistungsstärkere Nachteile erfahren.

Dieser Hinweis ist wissenschaftlich zentral: Er spricht nicht grundsätzlich gegen gemeinsames Lernen, sondern benennt die Bedingung für dessen Erfolg. Kinder benötigen Aufgaben, die ihren Fähigkeiten entsprechen, gezielte Unterstützung und angemessene Herausforderungen – leistungsstarke ebenso wie leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler. Differenzierte Lernangebote, qualifizierte Rückmeldungen und die Förderung selbstregulierten Lernens können dazu beitragen. Solche Maßnahmen sind grundsätzlich in jeder Schulform möglich, für Gemeinschaftsschulen aber besonders wichtig, weil dort unterschiedliche Lernvoraussetzungen bewusst innerhalb

gemeinsamer Lerngruppen berücksichtigt werden müssen. Genau deshalb reicht eine strukturelle Reform allein nicht aus: Sie muss von entsprechender Qualitätsentwicklung begleitet werden.

Finnlands Leistungsrückgang widerlegt gemeinsames Lernen nicht

Der Bayerische Philologenverband verwies in der Anhörung auf Finnland, dessen Schülerinnen und Schüler über viele Jahre hervorragende PISA-Ergebnisse erzielten, inzwischen aber deutlich schlechter abschneiden. Michael Schwägerl sieht darin einen Anlass, die Vorteile längeren gemeinsamen Lernens kritisch zu hinterfragen. Der Leistungsrückgang Finnlands ist tatsächlich dokumentiert. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass das gemeinsame Schulsystem dafür verantwortlich ist: Finnland erzielte seine früheren Spitzenergebnisse unter derselben grundlegenden Schulstruktur. Für eine wissenschaftlich tragfähige Erklärung des Rückgangs müssten weitere Veränderungen der schulischen und gesellschaftlichen Lernbedingungen untersucht werden – etwa Mediennutzung, Lehrkräftemangel oder gesellschaftliche Entwicklungen, die in der internationalen Forschung diskutiert werden.

Andere Länder zeigen, dass längeres gemeinsames Lernen mit Leistungssteigerungen vereinbar ist. Polen verlängerte 1999 die gemeinsame Schulzeit bis etwa zum 15. Lebensjahr. In den folgenden Jahren verbesserten sich die Ergebnisse bei internationalen Schulleistungsuntersuchungen erheblich, und wissenschaftliche Analysen fanden positive Auswirkungen der Reform. Allerdings wurden gleichzeitig Lehrpläne, Prüfungsverfahren und weitere Elemente des Bildungssystems verändert, sodass sich der gesamte Leistungsanstieg nicht allein auf die spätere Selektion zurückführen lässt. Auch Untersuchungen zur schwedischen Schulreform zeigen insbesondere für Kinder aus weniger privilegierten Familien positive langfristige Auswirkungen auf Bildungsabschlüsse. Die

internationalen Erfahrungen verdeutlichen damit sowohl die Möglichkeiten längeren gemeinsamen Lernens als auch die Bedeutung der jeweiligen Rahmenbedingungen – ein einzelnes Gegenbeispiel wie Finnland entkräftet das Gesamtbild nicht.

Frühkindliche Förderung ist kein Ersatz für längeres gemeinsames Lernen

Der Bayerische Philologenverband betont, dass Bildungsungleichheiten bereits vor der Einschulung entstehen. Michael Schwägerl fordert deshalb, stärker in frühkindliche Bildung zu investieren: „Wer Bildungsgerechtigkeit nachhaltig verbessern möchte, muss deshalb früh ansetzen.“ Diese Forderung ist wissenschaftlich gut begründet. Unterschiede in sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten entstehen häufig bereits im Kleinkindalter, und hochwertige frühkindliche Bildung kann helfen, ungünstige Startbedingungen auszugleichen. Auch Kai Maaz und Gabriele Weigand betonten in der Landtagsanhörung ausdrücklich die Bedeutung früher Förderung.

Aus dieser Erkenntnis folgt jedoch nicht, dass Veränderungen der späteren Schulstruktur überflüssig wären. Frühkindliche Förderung und längeres gemeinsames Lernen setzen an unterschiedlichen Stellen der Bildungsbiografie an und können sich ergänzen: Frühkindliche Bildung kann bestehende Unterschiede verringern, während längeres gemeinsames Lernen helfen kann zu verhindern, dass diese durch frühe Auswahlentscheidungen zusätzlich verstärkt werden. Um zu belegen, dass Investitionen in frühkindliche Förderung grundsätzlich wirksamer wären als Veränderungen der Schulstruktur, wären direkte Wirkungs- und Kostenvergleiche nötig. Einen solchen Nachweis enthält die veröffentlichte Stellungnahme des Philologenverbandes nicht – beide Hebel schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sollten

gemeinsam gedacht werden.

Wie durchlässig ist das bayerische Schulsystem?

Der Philologenverband bezeichnet die Durchlässigkeit als einen wesentlichen Vorteil des bayerischen Schulsystems: Kinder könnten auch nach dem Übertritt zwischen den Schularten wechseln und unterschiedliche Abschlüsse erreichen. Formal ist das richtig. Doch die Existenz solcher Möglichkeiten sagt noch wenig darüber aus, wie häufig Kinder tatsächlich aufsteigen. Kai Maaz verwies in der Landtagsanhörung auf ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Auf- und Abstiegen zwischen den Schularten in Bayern. Die genaue Größenordnung hängt von den statistischen Definitionen und dem betrachteten Zeitraum ab; die von ihm berichtete Asymmetrie sollte daher als Anhaltspunkt und nicht als exakt belegter Wert verstanden werden. Sie zeigt aber, weshalb zwischen formaler Durchlässigkeit und tatsächlich genutzten Aufstiegsmöglichkeiten unterschieden werden muss.

Hinzu kommt der Einfluss der sozialen Herkunft. Petra Stanat verwies darauf, dass Kinder aus sozial besser gestellten Familien in Bayern bei einem bestimmten Unterschied im Sozialstatus eine deutlich höhere Chance auf einen Gymnasialbesuch haben als Kinder aus weniger privilegierten Familien, und dass dieses Verhältnis in anderen Bundesländern wie Berlin und Brandenburg geringer ausfällt. Diese Unterschiede lassen sich nicht ausschließlich auf die Schulstruktur zurückführen – auch andere Faktoren wie regionale Unterschiede oder das Ausbildungssystem spielen eine Rolle. Sie verdeutlichen aber, wie stark Bildungswege weiterhin mit familiären Voraussetzungen zusammenhängen. Wenn ein Bildungssystem allen Kindern möglichst gute Entwicklungschancen eröffnen soll, muss es deshalb auch danach beurteilt werden, inwieweit es solche Abhängigkeiten

verringert.

Gemeinschaftsschulen: Einführung mit klaren Qualitätsstandards statt jahrelangem Abwarten

Der Philologenverband warnt vor hohen Kosten, zusätzlichem Personalbedarf und der Gefahr, dass bildungsnahe Familien auf Privatschulen ausweichen könnten. Solche Risiken sollten bei der Planung berücksichtigt werden. Ob die Einführung zusätzlicher Gemeinschaftsschulen in Bayern tatsächlich erhebliche Abwanderungsbewegungen auslösen würde, ist damit jedoch nicht belegt, und die Kosten eines vollständigen Systemumbaus lassen sich nicht ohne Weiteres auf einzelne neue Schulangebote übertragen. Das Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern fordert ausdrücklich nicht die Abschaffung bestehender Schularten, sondern die Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen als zusätzliche Schulart einzurichten, damit Kommunen, Eltern und Schulen entsprechende Konzepte entwickeln und umsetzen können.

Angesichts der vorliegenden Forschungslage spricht einiges dafür, diese Öffnung zügig zu ermöglichen, statt sie von jahrelangen Vorab-Prüfungen abhängig zu machen. Kindern, die heute eingeschult werden, hilft eine Reform nur, wenn sie zeitnah wirksam wird. Entscheidend ist dabei, dass die Einführung nicht auf Kosten der Qualität geht: Verbindliche Standards für Unterrichtsdifferenzierung, ausreichende Personalausstattung und eine Begleitung, die bestehende Konzepte nicht verwässert, sondern ihre Umsetzung absichert, sollten von Beginn an mitgeplant werden. Wissenschaftliche Begleitforschung kann dann parallel zum laufenden Betrieb zeigen, unter welchen Bedingungen Gemeinschaftsschulen erfolgreich arbeiten – orientiert nicht nur an Schulleistungen und Abschlüssen, sondern auch an individuellen Lernfortschritten, Motivation, sozialer Entwicklung und schulischem Wohlbefinden. Eine solche Überprüfung ist für neue

wie für bestehende Schulstrukturen gleichermaßen sinnvoll: Gute Leistungen einzelner Schularten belegen für sich genommen nicht, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Kinder brauchen Förderung statt früher Festlegung

Ein erheblicher Teil der internationalen Bildungsforschung spricht dafür, dass frühe Selektion soziale Bildungsungleichheiten verstärkt, ohne einen allgemeinen Leistungsvorteil zu gewährleisten. Gleichzeitig zeigen die Untersuchungen, dass längeres gemeinsames Lernen seine Möglichkeiten nur dann entfalten kann, wenn die Unterrichtsqualität stimmt. Kinder brauchen individuelle Herausforderungen, gezielte Unterstützung und Erwachsene, die ihre Fähigkeiten erkennen und weiterentwickeln helfen. Sie müssen Fehler machen, Schwierigkeiten überwinden und neue Interessen entdecken dürfen, ohne frühzeitig auf einen bestimmten Leistungsstand festgelegt zu werden.

Für Eltern und pädagogische Fachkräfte ergibt sich daraus eine grundlegende Aufgabe: Kinder sollten nicht vorschnell nach ihren momentanen Leistungen beurteilt werden. Ihre Fähigkeiten verändern sich, und ihre künftige Entwicklung lässt sich aus den Ergebnissen am Ende der vierten Klasse nicht zuverlässig vorhersagen. Längeres gemeinsames Lernen kann dazu beitragen, Bildungswege offenzuhalten und insbesondere Kindern mit ungünstigeren Startbedingungen zusätzliche Chancen zu eröffnen.

Entscheidend ist dabei nicht die Schulform allein, sondern die Qualität der Lernbedingungen, die sie bietet – und die Geschwindigkeit, mit der Reformen tatsächlich bei den Kindern ankommen. Wer auf jahrelange Modellversuche wartet, bevor er handelt, nimmt in Kauf, dass ganze Jahrgänge keine Alternative zur frühen Selektion erhalten. Sinnvoller erscheint eine

zügige, aber qualitätsgesicherte Einführung von Gemeinschaftsschulen als zusätzlicher Schulart, begleitet von verbindlichen Standards und wissenschaftlicher Beobachtung im laufenden Betrieb. Nicht die möglichst frühe Zuordnung zu einer Schulart sollte im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, wie jedes Kind seine Fähigkeiten bestmöglich entfalten kann – und wie schnell ein Bildungssystem bereit ist, dafür die notwendigen Wege zu öffnen.

Quellen und weiterführende Literatur

Terrin, É., & Triventi, M. (2023): The Effect of School Tracking on Student Achievement and Inequality: A Meta-Analysis. *Review of Educational Research*, 93(2), 236–274. <https://doi.org/10.3102/00346543221100850>

Strello, A., Strietholt, R., Steinmann, I., & Siepmann, C. (2021): Early tracking and different types of inequalities in achievement: Difference-in-differences evidence from 20 years of large-scale assessments. *Educational Assessment, Evaluation and Accountability*. <https://doi.org/10.1007/s11092-020-09346-4>

Matthewes, S. H. (2021): Better Together? Heterogeneous Effects of Tracking on Student Achievement. *The Economic Journal*.

OECD (2023): PISA 2022 Results, Volume II: Learning During – and From – Disruption. OECD Publishing.

Jakubowski, M. (2015): Opening up opportunities: Education reforms in Poland. IBS Policy Paper.

Meghir, C., & Palme, M. (2005): Educational Reform, Ability, and Family Background. *American Economic Review*, 95(1), 414–424.

Bayerischer Landtag (2026): Sachverständigenanhörung „Längeres gemeinsames Lernen in Bayern – Chancengerechtigkeit, Bildungserfolg und Schulstruktur“, 22. Oktober 2026.

Bayerischer Philologenverband (2026): Gezielte Investitionen in die frühkindliche Bildung statt fragwürdiger Reformen. Pressemitteilung vom 22. Oktober 2026.

Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern (2026): Wissenschaft stärkt längeres gemeinsames Lernen – Bündnis fordert Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulart in Bayern. Pressemitteilung vom 23. Oktober 2026.

Gernot Körner